

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 13

Ausgegeben am 25. Juni 1920

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Notwendigkeit des Umlernens

Von Heinrich Cunow

Allem Anschein nach hat der ungünstige Ausfall der am 6. Juni vollzogenen Reichstagswahl doch endlich in einem beträchtlichen Teil unserer Parteigenossenschaft die Frage geweckt: »Entsprach unsere Parteitaktik seit dem 9. November 1918 immer der politischen Lage und unserem Ziel? Welche Fehler sind gemacht worden und wie können sie künftig vermieden werden?«

Dass die Antwort recht verschiedenartig ausfällt und manche Genossen auf Grund ihrer Beobachtungen in irgendeinem Wahlwinkel meinen, an dem Rückgang unserer Stimmenzahl sei lediglich die Unzulänglichkeit unserer Wahlagitatio n schuld, ist in Anbetracht der Tatsache, daß unsere Politik jahrzehntelang fast ausschließlich auf den Agitationsbetrieb eingestellt war und letzten Endes meist die jeweilige Stimmung der Massen über unsere Taktik im Parlament und in der Presse entschied, durchaus begreiflich. Die alte Gewohnheit, die sozialdemokratische Bewegung allein unter dem Agitationsgesichtswinkel zu betrachten und die Vertiefung in theoretische Probleme gewissermaßen für unnütze Zeitverschwendung zu halten, hat in weiten Schichten unserer Partei dermaßen Wurzel geschlagen, daß so mancher Parteigenosse auch heute noch trotz der überall im Parteileben hervortretenden politischen Zerfahrenheit alle politischen Erfolge und Mißerfolge auf den Umfang der Agitationsarbeit zurückführt. Immerhin finden wir doch in manchen Parteikreisen die Erkenntnis, daß mehr noch als die vielleicht unzureichende Agitation das Festhalten an alten durch die soziale Entwicklung überholten Anschauungen und Formeln zum Rückgang unserer Parteibewegung beigetragen hat. Zwar hat der Weltkrieg mit seinen Folgen nicht wenige Illusionen und Erwartungen in unseren Reihen vernichtet, aber noch immer hat sich ein recht ansehnlicher Bestand an alten utopistischen Anschauungen erhalten, und wo die Erfahrungen der letzten Jahre Lücken gerissen haben, sind vielfach neue Illusionen aufgeschossen, die keineswegs immer in den gegebenen Verhältnissen besser begründet sind. Ist eine politische Volksbewegung erst einmal mit voller Kraft in bestimmte Geleise gelenkt worden, so verharrt sie naturgemäß auch dann noch eine Zeitlang in der alten Richtung, wenn der Anstoß aufhört und das Richtungsziel sich ändert. Enorme wirtschaftliche und politische Umwälzungen haben sich seit dem Beginn des Krieges vollzogen. Das ganze soziale Leben ist heute auf andere wirtschaftliche Grundlagen gestellt — doch unser politisch-theoretischer Auffassungskreis hat sich im ganzen nur wenig verschoben. Es fehlt die Anpassung an die neuen gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, die »Neuorientierung« im sich unaufhaltbar vollziehenden Wechsel der weltwirtschaftlichen Umwelt. Im einzelnen haben sich sicherlich seit Kriegsanfang manche überlieferten sozialistischen Auffassungen geändert, auch unter

denen, die noch vor wenigen Jahren gegen das Umlernen eiferten und sich ihres Festhaltens an alten Theorien und Thesen rühmten; denn die geschichtlichen Erfahrungstatsachen pauken auch dem Widerstrebendsten nach und nach Dialektik ein. Welcher Unterschied besteht zum Beispiel nicht zwischen Kautskys bekannten Schriften über die Lage vor und nach der Revolution sowie seiner im Frühjahr 1915 in der Neuen Zeit veröffentlichten Kritik meiner kleinen Broschüre »Partei-Zusammenbruch?« und dem jüngst von ihm in der Wiener »Arbeiterzeitung« veröffentlichten Artikel »Was nun?«, in dem es bezüglich der voraussichtlichen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens heißt:

Welches ist dieses Gebot (der Stunde)? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den wahnsinnigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstockung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Die Theorie von der Reife der kapitalistischen Produktion für eine baldige Überführung in die sozialistische Wirtschaftsweise, die Kautsky noch hoffnungsvoll im Jahre 1915 vertrat, wird hier glattweg verneint. Solche Fähigkeit des Umlernens verdient sicherlich alle Anerkennung; aber nicht alle, die sich einst in gleichen Illusionen wiegten, haben diese bereits in gleichem Maße abgestreift und die Notwendigkeit gründlichen Umlernens als Vorbedingung weiteren Fortschritts der sozialistischen Arbeiterbewegung eingesehen. Noch immer gilt nicht nur bei den Unabhängigen, sondern auch in unseren eigenen Reihen das Umlernen als Zeichen geistiger Mangelhaftigkeit und Minderwertigkeit, wenn nicht gar als »Prinzipienverrat«. Während es sonst im Leben als Beweis geistiger Beschränktheit betrachtet wird, wenn jemand alle Neuerfahrungen, die er auf seinem Lebensweg macht, unbeachtet läßt und sich auf seine alten Anschauungen versteift, wird es auf politischem Gebiet geradezu als ein Zeichen der Charakterstärke betrachtet, wenn man auf einmal gewonnenen Anschauungen beharrt, nicht umlernt und nicht zulernt, mögen immerhin die politischen Lebensverhältnisse sich ändern und wichtige, neue historische Tatsachen in den Gesichtskreis treten. Festhalten am Alten und Abschließung gegen neue Eindrücke und Erfahrungstatsachen werden kurzweg an sich, ohne Rücksicht darauf, wie weit zureichende Gründe für ein Umlernen vorhanden sind, als Merkmal innerer politischer Festigkeit gepriesen.

Dabei berufen sich die Vertreter des Festhaltens an überlebten alten Anschauungen und Illusionen obendrein gar noch auf Marx. Eine völlige

Verkenntung der Marxschen Entwicklungsauffassung. Gerade Marx betrachtet das ganze wirtschaftliche und damit auch das auf ihm beruhende geistige Leben als in einem fortwährenden Umwälzungsprozeß begriffen. Das Heute gleicht nie dem Morgen. Alles ist in ständigem Flusse. Marx faßt die Entwicklung daher auch nicht als einen Geschichtsverlauf auf, in dem nach und nach bestimmte stabile Gestaltungen hervortreten, sondern vielmehr als einen veränderlichen, wechselnden Komplex von Prozessen. Nicht darauf kommt es an, daß ein Gewordenes da ist, sondern es handelt sich darum, wie es geworden ist — um den Prozeß des Werdens selbst und um dessen Erkennung, das heißt um das Begreifen der in solcher Bewegung sich durchsetzenden Tendenzen.

Vernünftig ist nur, was sich im Entwicklungsgang der Menschheit aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus mit innerer Notwendigkeit vollzieht. Was hingegen nicht in diesen Verhältnissen begründet ist (beziehungsweise nicht mehr begründet ist), ist unvernünftig. Demnach kann auch das, was zu einer bestimmten Zeit, insofern es ein Notwendiges ist, als vernünftig gelten muß, zu einer anderen Zeit ein Unvernünftiges, ein Ueberlebtes sein, das als solches keine historische Berechtigung mehr hat.

Deshalb kennt auch die Marxsche Geschichtslehre keine ewigen Ideen, Glaubenssätze, Rechtsgrundsätze, Staatsprinzipien usw. Mit den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen, die nach Marx die Grundlage der politischen, rechtlichen, moralischen Anschauungen bilden, wälzt sich zugleich auch der geistige Lebensinhalt, die sogenannte Ideologie um. Veränderten Wirtschafts- und Lebensbedingungen eines Volkes folgt daher auch stets, rascher oder langsamer, eine Veränderung seines Anschauungskreises.

Nach der Marxschen Auffassung ist es deshalb auch eine ganz unvermeidliche Folgeerscheinung aller Entwicklung, daß mit der Änderung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse auch eine Änderung des politischen Denkens, eine Umbildung der politischen Begriffe und Vorstellungen vor sich geht. Daß aber in den letzten sechs Jahren sich im Wirtschaftsleben der Völker die größten Veränderungen vollzogen und sich damit die ökonomische Basis der Ideologie — um mit Marx zu reden — völlig verschoben hat, das kann nur der bestreiten, der nicht sehen will oder der den Kopf absichtlich in den Sand steckt, um nicht zuzugeben, daß er sich früher geirrt und Anlaß zum Umlernen hat.

Das Umlernen hat deshalb für den Umlerner durchaus nichts Beschämendes; es ist kein Beweis geistiger Unzulänglichkeit, sondern vielmehr geistiger Aufgewecktheit. Etwas durchaus Notwendiges und Nützlichcs — das Prinzip alles geistigen Fortschritts. Ohne daß die einzelnen immer wieder ihre Vorstellungen und Begriffe an den Erfahrungstatsachen messen, sich, wie der heutige Ausdruck lautet, neu orientieren und entsprechend diesem Orientierungsergebnis ihre Ansichten umformen, also »umlernen«, ist kein Kulturfortschritt möglich. Das Wesen aller Wissenschaft besteht eben darin, immer wieder die alten Erkenntnisse zu bezweifeln, sie auf Grund neuer Erfahrungstatsachen vor den Richterstuhl einer gestrengen Kritik zu ziehen und neue Erkenntnisse zu finden.

An sich ist also das »Umlernen«, sofern es ein wirkliches »Lernen« ist, das heißt auf der Verarbeitung neuer Eindrücke und Erfahrungen beruht,

durchaus nichts Verächtliches; und wer das politische »Umlernen« an sich für etwas Rückständiges hält, beweist nur, daß er die einfachsten Bedingungen aller politischen Entwicklung nicht begriffen hat. Damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß stets die neugewonnenen Anschauungen absolut richtig sind. Wie die alten können auch die neuen Ansichten ganz oder teilweise unrichtig sein; denn selbstverständlich können die neuen Erfahrungstatsachen auch falsch gedeutet und aus ihnen unrichtige Schlüsse gezogen werden. Aber die Tatsache, daß unrichtige Folgerungen möglich sind, beweist nichts gegen die Notwendigkeit, daß jeder Politiker und jede Partei, die nicht einrosten will, sich immer wieder an den historischen Neuerscheinungen orientieren müssen. Wer mit dem Umlernen eines einzelnen oder einer Parteigruppe nicht einverstanden ist, muß demnach nachweisen, daß die Erfahrungstatsachen, mit denen der Meinungswechsel begründet wird, entweder überhaupt nicht existieren oder falsch gedeutet wurden.

Aber ist denn das Fallenlassen alter Prinzipien und ihre Ersetzung durch neue nicht sträflicher »Prinzipienverrat«? Nein! Als Prinzipienverrat kann höchstens gelten, wenn jemand von der Richtigkeit bestimmter Prinzipien (Grundsätze) überzeugt ist, sie trotzdem aber aus Feigheit oder irgendwelcher Vortheile wegen verleugnet; nicht aber, wenn er auf Grund besserer Erkenntnis bisherige Prinzipien aufgibt. Es soll hier nicht auf den Brauch in unserer Partei eingegangen werden, bloße Überlieferungen, Gewohnheiten, faktische Verfahrensweisen usw., um ihnen einen dogmatischen Charakter zu verleihen, für Prinzipien auszugeben; auch wirkliche Parteiprinzipien sind nichts Heiliges, Unantastbares, sondern unterstehen dem Wechsel. Was ist denn ein Parteiprinzip? Es ist nichts anderes als eine aus bestimmten politischen Erfahrungen und Erkenntnissen abgeleitete Regel für das politische Verhalten, eine zeitlich bedingte normative Formulierung eines bestimmten politischen Erkenntnisstandes einer Partei. Demnach kann auch ein politisches Prinzip nie etwas ewig Gültiges sein. Es wechselt notwendig im Laufe der geschichtlichen Entwicklung mit der politischen Erfahrung und hat nur so lange Anspruch darauf, als Richtschnur für die politische Aktion zu gelten, als es dem Entwicklungsstand der politischen Erkenntnis einer Partei entspricht.

Das ist früher auch von denen anerkannt worden, die heute noch jede Abwendung von den von ihnen für heilig erklärten Überlieferungen als »Prinzipienverrat« bezeichnen; denn sie haben nicht nur nicht dagegen protestiert, sondern zum Teil selbst mitgewirkt, als in früheren Jahren die Partei ihre Programme änderte — und zwar nicht nur deren Gegenwartsforderungen, sondern gerade die sogenannten grundlegenden prinzipiellen Teile des Programms. Sind Prinzipien etwas Unantastbares, etwas ein für allemal Gegebenes, dann durften zum Beispiel unzweifelhaft die Lassalleaner und Eisenacher nicht auf dem Gothaer Einigungskongress (1875) ihre alten prinzipiellen Programmsätze fallen lassen und neue aufstellen, dann durfte ferner nicht auf dem Parteitag zu Erfurt (1891) der grundsätzliche Teil des Gothaer Programms durch eine andersgeartete neue Prinzipienklärung ersetzt werden.

Und auch dieser 1891 in Erfurt vollzogene Prinzipienwechsel wird nicht der letzte sein. Andern sich die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse, so müssen

auch die aus ihnen abgeleiteten politischen Prinzipienklärungen geändert werden. Demnach haben auch jene durchaus formell recht, die das Erfurter Programm als überholt ansehen und von dem nächsten Parteitag die Ausarbeitung eines neuen Programms fordern. Nach meiner Ansicht ist überhaupt der theoretische Teil des Erfurter Programms eine — offen gestanden — zweifelhafte theoretische Leistung. Er war teilweise schon überholt, als er das Licht der Öffentlichkeit erblickte — eine einseitig dogmatische Einkleidung bestimmter, aus dem Verlauf der vorausgegangenen beiden Jahrzehnte abgeleiteter marxistischer Entwicklungsthesen, ohne Berücksichtigung bereits deutlich im Wirtschaftsleben hervortretender neuer Entwicklungstatsachen. Wenn trotz dieser theoretischen Mängel die deutsche Sozialdemokratie unter offizieller Anerkennung dieses Programms die größten Fortschritte gemacht hat, so deshalb, weil überhaupt nicht politisch-deduktive Prinzipienklärungen, sondern die wirtschaftliche Gestaltung des nationalen Lebens die Entwicklung der Parteien bestimmt. Dennoch halte ich zurzeit das Drängen nach einer Ersetzung des Erfurter Programms durch ein neues allgemeines Parteiprogramm für durchaus verfehlt. Eine Periode schneller Umbildung überlieferter gesellschaftlicher Lebensformen und der völligen theoretischen Unsicherheit ist kaum die geeignete Zeit für die Aufstellung neuer programmatischer Prinzipienklärungen. Allenfalls könnte man, da eine Reihe der im zweiten Teil des Erfurter Programms erhobenen Hauptforderungen heute durch die Novemberrevolution erledigt ist, an deren Stelle ein kurzes interimistisches Aktions- oder Wahlprogramm setzen. Erst muß der Umlernungsprozeß weiter vorgeschritten sein und sich in dem heutigen bunten Gewoge gegensätzlicher Meinungen eine gewisse Klärung der Theorien vollzogen haben, ehe zur Abfassung eines Parteiprogramms geschritten werden kann, das nicht nur für den Tag geschrieben ist und dessen Bedeutung deshalb auch nicht mit dem nächsten Tage wieder erlischt.

Friedrich Engels in seinen deutschen Jugendjahren

Von A. Conrady

(Schluß)

II

Wenn Engels auch, wie im vorigen Artikel dargelegt worden ist, sich den fortgeschrittensten Liberalen anschloß, so darf man doch nicht glauben, daß er gegenüber dem landläufigen radikalen Liberalismus auf ein selbständiges Urteil verzichtet hätte. Vielmehr wahrte er sich bereits durchaus die Freiheit des Urteils und das Recht der eigenen Meinung. Die europäische Krise von 1840 brachte schon eine Situation, in der Engels politische Auffassungen äußerte, die von dem Kosmopolitismus, wie er auch im Ideengang seines Vorbildes Börne lag, recht erheblich differierten. Damals wurde bekanntlich sehr ernsthaft mit der Gefahr eines französischen Angriffs auf Deutschland mit Eroberungsabsichten auf die deutschen Rheinlande gerechnet. Die Parole von Heckers Rheinlied: »Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein« war in aller Mund. Engels war von der negativen Natur dieser Losung nicht befriedigt, sondern erblickte die einzig würdige Antwort auf die fixe Idee der Franzosen, daß der Rhein ihr Eigentum sei, in der Altdtschen Forderung: »Heraus mit dem Elsaß und Lothringen!« Er nimmt